



Brigitte Somfleth
SPD-Landtagsabgeordnete

für die Gemeinden Neu Wulmstorf, Rosengarten und Seevetal

Liebe Genossinnen und Genossen!

Die letzten Plenardebatten in Hannover waren bereits geprägt von einem langsam startenden Wahlkampf. Am 27. Januar 2008 wird in Niedersachsen gewählt und unser erklärtes Ziel ist es, die Landesregierung abzulösen und es durch ein kompetenteres Team mit Wolfgang Jüttner an der Spitze zu ersetzen. Auf unserem Landesparteitag ist Wolfgang Jüttner mit 97,4% der abgegebenen Stimmen zum Spitzenkandidaten gewählt worden - dieses hervorragende Ergebnis zeigt, dass wir mit dem richtigen Ministerpräsidenten - Kandidaten in diesen Wahlkampf ziehen.

Wir sind überzeugt, das Ziel der Regierungsübernahme mit eurer Unterstützung in einem engagierten Wahlkampf erreichen zu können! Die derzeitigen Umfrageergebnisse zeigen uns, dass wir im Vergleich zu den Ausgangswerten nicht schlecht dastehen. In einer von TNS Infratest im Mai durchgeführten Umfrage sprechen sich 66 % der niedersächsischen Wählerinnen und Wähler für eine Regierungsbeteiligung der SPD aus.

Wenn es uns gelingt, die besseren Inhalte auch erfolgreich den Wählerinnen und Wählern zu vermitteln, werden wir diese Wahl gewinnen!

In diesem Rundbrief könnt ihr einiges zum Nachtragshaushalt 2007 der Landesregierung lesen. Auch das Thema der Elbvertiefung hat uns wieder beschäftigt, was vor allem für unsere Elbanlieger - Kommunen von Bedeutung ist. Ich habe dazu im Landtag eine Rede gehalten und eindringlich vor einer erneuten Vertiefung gewarnt.

Darüber hinaus möchte ich euch wieder zu einem Landtagsbesuch im September einladen. Diesmal können die BesucherInnen auch Plenardebatten von der Tribüne aus verfolgen. Ein Anmeldeformular findet Ihr am Ende dieses Rundbriefs.

Ich wünsche Euch sonnige, erholsame Sommertage, in denen wir Kraft tanken können für den vor uns liegenden Wahlkampf.

Brigitte Somfleth

Die Themen:

Haushalt 2007 +++ Elbvertiefung +++ Klimaschutz +++ Atomenergie +++ Öffentlicher Nahverkehr +++ Nichtraucherschutz +++ Gesamtschulverbot +++ Termine +++ Fahrt nach Hannover ++

Buchenhain 34, 21217 Seevetal, Tel.: 040 768 71 34, Fax: 040 768 99 416, mail: Brigitte.somfleth@t-online.de

www.brigitte-somfleth.de

Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1, 30159 Hannover, Tel.: 0511 30 30 30 58, mail: Brigitte.Somfleth.MdL.Nds.@t-online.de

Nachtragshaushalt 2007: SPD liefert Alternativen

Die Haushaltspolitik der CDU/FDP-Landesregierung ist seit Jahren ein Desaster. Der Haushalt 2007 war von Anfang an durch einen starken Sozialabbau geprägt – der Nachtragshaushalt hält an dieser Linie strikt fest.

Während der Haushaltsberatungen im Juni-Plenum hat die SPD-Fraktion auf die Fehler der Landesregierung hingewiesen, aber vor allem auch deutlich gemacht, wo die besseren Alternativen gelegen hätten. So empfinden wir als SPD-Fraktion es skandalös, dass das Land Niedersachsen mit einer Investitionsquote von 6,8% das Schlusslicht aller Bundesländer darstellt. Die Landesregierung hat das Thema Investitionen völlig verschlafen – wir dagegen hätten im Haushalt 2007 60 Millionen dort veranschlagt, wo es wirtschaftlich sinnvoll ist: Im Bereich Stadtumbau West, bei den Sportstätten und im Straßenbau. Unsere Pläne sahen vor, den kommunalen Finanzausgleich um 78 Millionen zu erhöhen und die Mittel für den Wirtschaftsförderfonds um über 45 Millionen Euro zu steigern um der Klimapolitik in Niedersachsen endlich eine wirkliche Perspektive geben zu können. Wir hätten endlich wieder die Schulen und Hochschulen gestärkt. Gerade in diesem Bereich gilt es zahlreiche Mängel ausgleichen: Wir brauchen eine verlässliche Unterrichtsversorgung, eine Qualitätssicherung im Ganztagsangebot und mehr Studienplätze in Niedersachsen. All das ist die einzig sinnvolle Investition in die Zukunft und wird sich in jeder Hinsicht auszahlen. Stattdessen müssen wir aber feststellen, dass das Land seine Mehreinnahmen ‚verschleiert‘, damit die Landesregierung erst kurz vor der Wahl Wahlkampfgeschenke machen kann: Sie hat bereits jetzt damit angefangen, überall dort kleine Beträge auszuteilen, wo sie in den letzten Jahren rigoros gespart hat: Bei den Wohlfahrtsverbänden, den Bildungseinrichtungen, dem öffentlichen Personennahverkehr. Wenig im Nachtragshaushalt 2007 ist zukunftsweisend – umso wichtiger ist es, dass der Haushalt und der Nachtragshaushalt 2008 wieder von der SPD gestaltet wird.

Elbvertiefung: Deichsicherheit muss Vorrang haben!

Immer tiefer und immer häufiger – ginge es nach einigen Interessengemeinschaften in Norddeutschland, würde in der Elbe bereits ‚gebuddelt‘, was das Zeug hält. Die Niedersächsische Landesregierung steht dieser Vertiefung offiziell zwar skeptisch gegenüber, doch es mehren sich die Anzeichen, dass sie sich mit dieser Haltung nur über den Wahltermin hinweg retten will. Die SPD Landtagsfraktion hat dazu jedoch eine ganz klare Position: Die Deichsicherheit und die Bewahrung des ökologischen Gleichgewichts müssen bei einer Entscheidung oberste Priorität haben und dem Niedersächsischen Parlament muss in dieser Frage ein Mitbestimmungsrecht eingeräumt werden.

Mit einer großen Anfrage an die niedersächsische Landesregierung hat die SPD-Fraktion das Thema der Elbvertiefung mit all ihren Schwierigkeiten wieder an die Tagesordnung gebracht. Bereits vier Mal hat Niedersachsen einer Fahrrinnenanpassung der Elbe in der Tiefe zugestimmt: 1961, 1969 und 1978. Die letzte Fahrrinnenanpassung erfolgte 1999 auf eine Solltiefe von 14,5 m, d.h. dass Schiffe mit einem Tiefgang von bis zu 13,5 m tideunabhängig den Hamburger Hafen anlaufen können. Nun soll die Fahrrinne erneut für noch größere Containerschiffe angepasst werden. Der gesunde Menschenverstand sagt jedem von uns: Wie lange und wie oft sollen wir das denn noch machen? Bis ins Unermessliche lässt sich in der Elbe nicht graben – allerspätestens der Elbtunnel wird dem Buhlen um die größten Pötte der Welt ein Ende setzen. Bis dahin haben wir aber vermutlich längst die Sicherheit der Deiche aufgegeben und unersetzliche Naturreservate zerstört. Also gilt es jetzt zu handeln und eindringlich auf die negativen Folgen einer weiteren Elbvertiefung aufmerksam zu machen. In unserer Anfrage wollten wir von der Landesregierung wissen, ob die Beweissicherungsverfahren der letzten Elbvertiefung überhaupt schon abgeschlossen ist, welche Erkenntnisse sie über die Auswirkungen auf die letzte Vertiefung im Hinblick auf Wattflächen, Deiche und Häfen hat und ob das niedersächsische Parlament an der Entscheidung über die Erteilung oder Versagung des Einvernehmens zur neuen Vertiefung beteiligt wird. Die Antworten

unseres Umweltministers Hans-Heinrich Sander im Namen der Landesregierung sind ernüchternd: Die Beweissicherung der letzten Vertiefung ist noch lange nicht einmal abgeschlossen, da das Verfahren zu Recht auf 15 Jahre festgelegt wurde. Sander räumt ein, dass in den letzten Jahren durch erhöhte Erosionskräfte an einigen Stellen der Elbe Wattflächen abgetragen wurden und es immer mehr zu Verschlickungen in Nebenflüssen kommt. Vor allem aber soll der Niedersächsische Landtag über die Entscheidung zur Vertiefung nur ‚unterrichtet‘ werden, aber in dieser wichtigen politischen Frage offenbar nicht mitentscheiden dürfen. Im Juli-Plenum erhob die SPD-Fraktion deshalb noch einmal ganz deutlich mit dem Entschließungsantrag „Parlament vor Kabinett – „Elbvertiefung“ ist Aufgabe des Landtags“ die Forderung, diese Frage auch von den Abgeordneten des Niedersächsischen Landtags abstimmen zu lassen.

Mit unserer großen Anfrage wollten wir deutlich machen, dass wir befürchten, dass jede weitere Elbvertiefung Gefahren für Mensch und Natur birgt, die wir nicht hinnehmen können. Zu Recht gab es mehr als 4000 von Einwendungen von betroffenen Landkreisen, Gemeinden, Organisationen, Vereinen und Verbänden und Privatpersonen. Denn schon die letzte Elbvertiefung hat dafür gesorgt, dass das Hochwasser schneller und höher als früher anläuft. Die Deiche werden zwar stetig erhöht, aber die dazugehörige „Bemessungsflut“ orientiert sich an der höchsten Sturmflut 1976 und trägt deshalb einem ganz neuem Phänomen leider nicht Rechnung: Dem Klimawandel und dem damit verbundenem Anstieg der Meeresspiegel. Genau das ist aber längst überfällig!

Besonders bedauern wir auch die zu befürchtenden Nachteile für Fauna und Flora. Auch Hans-Heinrich Sander schreibt in seiner Antwort: „Die Landesregierung geht von erheblichen Beeinträchtigungen der Vorkommen und Fortpflanzungsbedingungen landesweit, national und europaweit bedeutender Tier- und Pflanzenarten in ihrer ästuartypischen Lebensräumen aus.“ Doch welchen Stellenwert diese „Beeinträchtigungen“ für die Landesregierung haben und welche Schlussfolgerungen sie daraus zieht, ist nicht offensichtlich.

Klimaschutz: Niedersachsen braucht eine Nachhaltigkeitsstrategie

Das Thema Klimaschutz ist bei der jetzigen Landesregierung seit Jahren vernachlässigt worden – die entsprechenden Anträge von uns und den Grünen sind monatelang in den Ausschüssen auf Eis gelegt und dann abgelehnt worden. Erst jetzt – mit der nahenden Landtagswahl – nehmen sich auch die Regierungsfaktionen endlich des Themas an und haben einen Entschließungsantrag in den Landtag eingebracht. Doch das ist auch kein großer Wurf: Es wurde erst einmal die Einberufung einer Regierungskommission beschlossen.

Die Einberufung einer Regierungskommission ist der Sache sicher dienlich – ausreichend ist sie jedoch auf keinen Fall, denn der Klimawandel ist eine der größten Herausforderung, vor denen wir jetzt stehen und dessen Auswirkungen uns und vor allem Menschen in unterentwickelten Ländern schon jetzt hart treffen.

Einige – darunter besonders Kollegen der FDP-Landtagfraktion – sehen in der Entwicklung einer Nachhaltigkeitsstrategie für Niedersachsen wenig Sinn, wenn doch die viel größeren Kohlenstoffdioxid-Sünder auf anderen Kontinenten liegen. Wer diese Einstellung vertritt, hat die Zeichen der Zeit nicht erkannt oder bereits resigniert.

Jede und jeder kann dem Klimawandel entgegenwirken und die Erfolge in seinem unmittelbaren Umfeld auch spüren. Allerdings dürfen wir nicht nur in die Lüneburger Heide oder in den Harz gucken – eine Kooperation mit den benachbarten Küstenländern ist m.E. unverzichtbar.

Wichtig ist deshalb, dass es endlich eine breite gesellschaftliche Bewegung für einen konsequenten Klimaschutz gibt. Blockaden einzelner Interessenverbände schaden dem Prozess, das zeigt vor allem die Verzögerungstaktik der CDU/FDP-Landesregierung: Wenn am 27. Januar neu gewählt und diese Landesregierung abgewählt ist, sind fünf Jahre im Kampf gegen den Klimawandel in Niedersachsen verloren gegangen.

Atomenergie: Die Unsicherheit wächst

Die Störfälle in den schleswig-holsteinischen Atomkraftwerken Krümmel und Brunsbüttel am 28.Juni haben auch den niedersächsischen Landtag beschäftigt. Das Vertrauen in die Kernenergie und die noch am Netz befindlichen Meiler ist weiter gesunken. Für die Landesregierung musste der Umweltminister Rede und Antwort stehen wie es um die Informationspolitik in Niedersachsen bestellt ist, sollte es auch bei uns zu vergleichbaren Störfällen kommen.

Die Störfälle in Krümmel und Brunsbüttel – ganz gleich, ob man sie als leichten, mittelschweren oder schwerwiegenden Vorfall einstuft – zeigen wieder einmal, dass die Atomkraft Risiken birgt, die der Mensch nicht voraussehen kann. Leider sind der Ministerpräsident und sein Umweltminister unbelehrbar: Sie halten an der Atompolitik fest und vertrauen weiterhin auf die Zuverlässigkeit der Betreiber. Genau jene – in Schleswig-Holstein namentlich Vattenfall – haben jedoch viel zu lange wichtige Informationen zurückgehalten. In den Ausführungen des Umweltministers Sander ließ sich erkennen, dass auch in Niedersachsen Stunden zwischen einem Störfall und der Warnung der Bevölkerung liegen können. Die Landesregierung sieht darin jedoch kein Problem, sondern verweist auf den korrekt eingehaltenen Dienstweg; bisher seien alle Meldungen über Störungen innerhalb der Frist erfolgt, sodass kein Grund zur Sorge bestehe. Dabei besteht so lange Grund zu besonderer Aufmerksamkeit und zur Sorge, wie Atomkraftwerke betrieben werden.

Öffentlicher Nahverkehr: SPD unterstützt Volksinitiative

Dem öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) steht bis zum Jahr 2010 jedes Jahr weniger Geld zur Verfügung – in Zahlen sind es insgesamt 283 Millionen Euro, die auf Schienen und Straßen eingespart werden müssen. Den Bus- und BahnfahrerInnen in Niedersachsen drohen ausgedünnte Fahrpläne, höhere Fahrpreise und schlechterer Komfort.

Diese Einsparungen gehen auf die vom Bund beschlossenen Kürzungen bei den Regionalisierungsmitteln zurück. Anders als in anderen Bundesländern will die niedersächsische Landesregierung diese Einsparungen jedoch nicht ausgleichen, obwohl sie durch einen erhöhten Anteil des Umsatzsteueraufkommens und der Erhöhung der Mehrwertsteuer dazu in der Lage wäre. Das ganze Ausmaß der Kürzungen wird erst nach den Landtagswahlen spürbar sein. Insgesamt sind 3 Millionen Zugkilometer pro Jahr von Streichungen bedroht, davon werden besonders Pendler, deren Verkehrsverbinden in Tagesrandzeiten gestrichen werden sollen und die Tourismusbranche, da die Wochenendverbindungen in den Harz und in die Lüneburger Heide ausgedünnt werden. In unseren Augen ist es unverantwortlich, die Kürzungen des Bundes einfach an die Auftraggeber mit der Begründung, man sei für die Kürzungen nicht verantwortlich, durchzureichen. Niedersachsen sollte den guten Beispielen Berlin, Rheinland-Pfalz und Sachsen folgen und die Kürzungen durch die zusätzlichen Mehrwertsteuermittel, die der Bund den Ländern zu Verfügung gestellt hat, ausgleichen. Die niedersächsische SPD unterstützt deshalb die Volksinitiative „Keine Kürzungen bei Bus und Bahn in Niedersachsen!“, die alle Wahlberechtigten in Niedersachsen noch bis zum 29.03.2008 unterstützen können. Weitere Informationen zur Volksinitiative sind über diese Homepage abrufbar: www.volksinitiative-bus-und-bahn-in-niedersachsen.de

Nichtraucherschutz: Endlich zieht auch Niedersachsen nach!

In der Frage Nichtraucherschutz hat Ministerpräsident Wulff dem Ansehen des Landes erheblichen Schaden zugefügt. Die Haltung des Ministerpräsidenten hat in den vergangenen Monaten für eine solche Empörung und Verwirrung gesorgt, dass kaum jemand weiß, was das Land Niedersachsen letztlich für den Nichtraucherschutz tut.

Der Niedersächsische Landtag hat jetzt ein Gesetz verabschiedet, der Nichtraucherschutz in öffentlichen Gebäuden wie Krankenhäusern, Heimen und Bildungseinrichtungen garantiert. Es darf in Zukunft nur noch in ausgewiesenen Räucherräumen geraucht werden – das gilt auch für die Gast-

ronomie. Die SPD-Fraktion hatte bereits im September 2006 einen Antrag zum Thema „Nichtraucher schützen – Jugendschutz verbessern“ in den Landtag eingebracht – die Landesregierung bewegte sich damals jedoch wenig, sodass mein Kollege Uwe Schwarz in seiner Rede jetzt zu Recht festgestellt hat: „Der vorliegende Gesetzentwurf ist nicht durch diese, sondern trotz dieser Regierung zu Stande gekommen.“ Es ist jedoch eine Schande, dass dies solange gedauert hat, denn die Zusammenhänge zwischen Passivrauchen und schwerwiegenden gesundheitlichen Folgen sind seit Jahren belegt. Hinzu kommt auch noch ein volkswirtschaftlicher Schaden durch Tabakkonsum in Höhe von 20-80 Millionen Euro jährlich, wie es die Bundesregierung schätzt. Viel wichtiger ist jedoch, dass der Schutz der Gesundheit auch ein Verfassungsauftrag ist, dem wir uns verpflichtet fühlen müssen. Teile der Regierungsfractionen fühlen sich jedoch leider auch der Tabaklobby verpflichtet, weshalb die Regierung sich in dieser Frage gewunden hat wie noch nie: So hieß es noch im Februar von der FDP: „Niedersachsens FDP schließt ein JA der Landesregierung zu einem gesetzlichen Rauchverbot in Gaststätten aus“. Auch dem Gaststättenverband ist die Regierung mit diesem Gesetz sehr entgegengekommen. Die strikte Umsetzung des Gesetzes muss noch warten: Denn Bußgelder bei Verstößen können erst am 1. November 2007 erhoben werden.

Darüber hinaus bedauern wir als niedersächsische SPD sehr, dass es in Deutschland keine einheitlichen Regelungen zum Schutz für Nichtraucher gibt, sondern unterschiedliche Länderelemente getroffen werden. Das ist Quatsch, da der Tabakkonsum vor der Landesgrenze nicht weniger schädlich ist als hinter ihr.

Gesamtschulverbot: Landesregierung ignoriert den Elternwillen

In einer Aktuellen Stunde des Juli-Plenums wurde im Landtag wieder hitzig über das in Niedersachsen geltende Gesamtschulerrichtungsverbot diskutiert. Die Zahl der Kinder, die zum nächsten Schuljahr nicht die Schulform besuchen können, die ihre Eltern wünschen, sind skandalös hoch.

Die diesjährigen Anmeldungen an die weiterführenden Schulen setzen den Trend der letzten Jahre weiter fort: Seit der Kultusminister Busemann die Hauptschulen stärkt, werden noch weniger Schülerinnen und Schüler dort angemeldet. Stattdessen gibt es einen regelrechten „Run“ auf die niedersächsischen Gymnasien und die wenigen Gesamtschulen. Gerade diese können dem Ansturm wieder einer keiner Weise gerecht werden: Die IGS Hannover-List musste 35% aller angemeldeten Kinder abweisen, in Delmenhorst wurden 41 %, in Göttingen 45%, in Hildesheim 52% und in Wilhelmshaven 55% abgelehnt. Die IGS Schaumburg musste sogar unglaubliche 78% aller Kinder ablehnen. Wieder hat das Los über den schulischen Werdegang zahlreicher Kinder in Niedersachsen entschieden. Dabei heißt es im §6 des Schulgesetzes ganz eindeutig: „Die Erziehungsberechtigten entscheiden in eigener Verantwortung über die Schulform ihrer Kinder.“ Genau das wird von der Landesregierung verhindert: Der Elternwille wird ignoriert und Kinder müssen Schulformen besuchen, die nicht die gleichen Entfaltungsmöglichkeiten bieten wie ihre Eltern sie sich ausdrücklich gewünscht hätten. Immer wieder bescheinigen uns internationale Studien, dass Kinder im Alter von 10 Jahren in keine „Schublade“ gesteckt werden dürfen: Das dreigliedrige Schulsystem – das sieben der 16 deutschen Bundesländer bereits nicht mehr praktizieren – ist ein Auslaufmodell, weil es Kindern ihrer Entfaltungsmöglichkeit beraubt und sie nicht angemessen fördern kann. Viele Eltern haben den verständlichen Wunsch, die Entscheidung über den Schulabschluss ihres Kindes so lange wie möglich offen zu lassen. Das ist nicht nur im Sinne jedes einzelnen Kindes, sondern auch im Sinne unseres Landes: Denn wir brauchen mehr Abiturienten und mehr Fachkräfte. Wir werden die Diskussion über die niedersächsische Schulstruktur immer und immer wieder führen: Sich auf einem unsinnigen Neuerrichtungsverbot und auf zurechtgelegten, umgedeuteten Ergebnissen von PISA auszuruhen, wird dieser Landesregierung nicht mehr lange gelingen.

Flyer der SPD-Fraktion

Über die Position der niedersächsischen SPD-Fraktion zu zahlreichen Themen könnt Ihr euch jetzt zusätzlich über themenspezifische Flyer informieren. Diese sind über folgende Adresse zu beziehen:

SPD-Fraktion
Niedersächsischer Landtag
c/o Thilo Scholz
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover



So ist zum Beispiel auch ein Flyer zu den neuen **Kinderrechten** in der Verfassung erhältlich, der die kuriose Politik der jetzigen Landesregierung wieder einmal besonders deutlich macht: Hatte sie unsere Vorschläge zum Ausbau von Kinderrechten zunächst abgelehnt, übernimmt sie nun mit Blick auf den immer näher rückenden Wahltermin doch noch einige unserer Ideen. Nun werden die Rechte der Kinder durch die Niedersächsische Verfassung weiter gestärkt. Die SPD will diesen Verfassungsänderungen aber auch Taten folgen lassen: Mit zusätzlichen 16,5 Millionen Euro wollen wir Kinder besser vor Entwicklungsrückständen, Vernachlässigung, Verwahrlosung, Missbrauch und Gewalt schützen und die Gesundheit von Kindern sichern. Dafür brauchen wir endlich die von uns geplanten Familienzentren, die alle notwendigen Dienste für Familien leicht zugänglich machen.

TERMINE

25. + 26. August

Das Energiesparmobil besucht das Meckelfelder Dorffest und informiert über Möglichkeiten auch im eigenen Haushalt Energie sparsamer und effizienter zu nutzen

16. September

„Ländergrenzenübergreifendes“ SPD - Sommerfest in Meckelfeld

22.. September

„Gemeinsame Schule“: Eine Veranstaltung mit der Bildungsministerin von Schleswig-Holstein, Ute Erdsiek-Rave, in Neu Wulmstorf

09. Oktober

Sigmar Gabriel kommt zum **Umweltforum** in den Landkreis Harburg! Gemeinsam mit den drei Landtagskandidaten Uwe Harden, Silva Seeler und Brigitte Somfleth in der Buchholzer Empore von 15.00 Uhr bis 17.30 Uhr

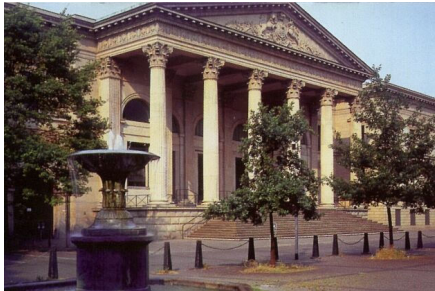
07. November

Klimaschutzveranstaltung in Seevetal mit Klaus – Peter Dehde (Umweltausschuss – Vorsitzender und energiepolitischer Sprecher der SPD – Landtagsfraktion

In Planung: **Veranstaltung zum Thema „Auswirkung des Demographischen Wandels für die Kommunen im Landkreis Harburg“ in Rosengarten**

+++ Einladung +++ WICHTIG +++ Einladung +++

Interessierte Bürgerinnen, Bürger und Mitglieder der drei Ortsvereine im Wahlkreis
lade ich herzlich ein
zu einem



**Besuch im Niedersächsischen Landtag
am 13. September 2007**

Zu der Fahrt nach Hannover gehören:

- der Besuch einer Plenardebatte (1-stündig)
- eine Filmvorführung über die Arbeit im Landtag
- eine Diskussion mit Abgeordneten
- ein attraktives Rahmenprogramm (evtl. Besuch der Herrenhäuser Gärten)

Die Teilnehmerzahl ist auf 40 Besucher begrenzt, der Unkostenbeitrag beträgt 8 Euro. Wir fahren mit dem Bus, der an der Burg Seevetal starten wird. Die Anmeldung ist über mein Wahlkreisbüro telefonisch oder mit dem folgenden Formular möglich.

Ich/wir möchte/n am 13. September mit nach Hannover fahren:

Name, Vorname

Telefonnummer

_____	_____
_____	_____
_____	_____
_____	_____
_____	_____
_____	_____

Buchenhain 34, 21217 Seevetal, Tel.: 040 768 71 34, Fax: 040 768 99 416, mail: Brigitte.somfleth@t-online.de

www.brigitte-somfleth.de

Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1, 30159 Hannover, Tel.: 0511 30 30 30 58, mail: Brigitte.Somfleth.MdL.Nds.@t-online.de